

**Protokoll der öffentlichen Sitzung
des Beirats von und für Menschen mit Behinderung
im Bezirk Tempelhof – Schöneberg**



Datum: 21.09.2016
Leitung: Frau Lutze
Ort: Pinellodrom
Dominicusstraße 5-9
10823 Berlin

Anwesende: Siehe Liste
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Protokoll: Herr Gillmeister

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung des Protokolls vom 13.07.2016

Fr. Lutze begrüßt die Teilnehmer*innen und teilt mit, dass Fr. Christian, Fr. Czycykowski, Fr. Gebhard, Hr. Brass, Hr. Foster sowie alle BVV-Vertreter und Fr. Schöttler entschuldigt sind. Die Teilnehmer*innen stellen sich kurz mit Namen und Organisation bzw. als Selbstvertreter vor. Das Protokoll vom 13.07.2016 wird angenommen.

2. Bestätigung der endgültigen Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von Hrn. Seiler ergänzt um die Problematik zu tief hängender Wahlplakate (siehe unter TOP 9 Verschiedenes).

3. Vorstellung Schwerhörigen-Verein Berlin e.V.; Referentin: Frau Lehmann

Ein Flyer des Schwerhörigen-Vereins Berlin e.V. wird verteilt. Fr. Lehmann informiert als 1. Vorsitzende über die Aktivitäten ihres Vereins: Gegründet wurde der Verein im Jahre 1901 im Zusammenhang mit der Schwerhörigenbewegung. Er ist mit 380 Mitgliedern der größte Orts- bzw. Landesverband des bundesweiten Dachverbands Deutscher Schwerhörigenbund e.V., ist Mitglied der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin, des Landesbeirats Berlin für Menschen mit Behinderung sowie von sechs bis acht bezirklichen Behindertenbeiräten. Als Beratungsstelle ist dem Verein das Sozialwerk der Hörgeschädigten Berlin e.V. angegliedert. In Charlottenburg besteht eine Zusammenarbeit mit dem HÖRBIZ (Hörbehinderten-Beratungs- und Informations-Zentrum Berlin).

Der Verein vertritt die Belange schwerhöriger und spätaubter Menschen. Ein Schwerpunkt dabei ist die Selbsthilfeförderung mit 14 Gruppen in den Bezirken (Expansion ist geplant), deren Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge und Mittel der Krankenkassen erfolgt. Zentral finden – oftmals initiiert durch die Frauengruppe - Vorträge statt zu Themen wie Hörgeräte, Finanzierungsfragen, deren gesetzliche Grundlagen und deren Änderung u.a. Rechtsfragen. Es gibt Freizeitangebote wie Spielegruppe, Ausflüge, Kurse (z.B. progressive Muskelentspannung), die auch für Nicht-Mitglieder offen sind.

In der Diskussion werden folgende Punkte angesprochen:

- In Berlin gibt es nicht sehr viele Bezieher von Gehörlosengeld, da gemäß Landespflegegeldgesetz Bedingung ist, dass die Schwerhörigkeit bzw. Ertaubung vor Vollendung des 7. Lebensjahres eingetreten ist.
- Hilfsmittelberatung erfolgt unabhängig von Verkaufsinteresse (Problem bei Hörgeräteakustikern)
- Der Verein hat kaum jüngere Mitglieder; das Altersspektrum liegt zwischen 40 und 90 Jahren.
- Beratung erfolgt durch Sozialarbeiter, wobei es sich zumeist um Rechtsberatung ggf. mit kostenloser Hilfestellung beim Schriftverkehr in Rechtsangelegenheiten handelt; Fr. Lehmann

konstatiert, dass es z.T. einen langen Atem brauche, um zu seinem Recht zu kommen. Es wird auch eine Begleitung zum HNO-Arzt angeboten. Ziel sei eine optimale Versorgung mit Hilfsmitteln. Die Finanzierung der Beratung erfolgt zu einem Drittel aus Eigen- und zu zwei Dritteln aus Senatsmitteln.

- Übergreifende und politische Forderungen des Vereins richten sich auf eine schwerhörigen- und gehörlosengerechte Infrastruktur, dabei auch Untertitel beim TV und flächendeckende Induktionsanlagen. Es wird betont, dass ein Unterschied zwischen den Bedürfnissen von Schwerhörigen mit vorhandener Resthörbarkeit zu denen von ertaubten Menschen darin besteht, dass Ertaubte auf Gebärdensprachdolmetscher angewiesen sind.

4. Behindertenpolitische Kernforderungen des Behindertenbeirats – Bericht der AG

Fr Lutze und Fr. Schneider danken der AG für die Erarbeitung der „Kernforderungen“. Diese liegen als Anschreiben vor und der als Anlage vorgesehenen „Auflistung“. Hr. Seiler erläutert das Vorgehen der AG. Fr. Schneider gibt den von ihr zwecks besserer Gliederung und Bündelung umsortierten Vorschlag zur „Auflistung behindertenpolitischer Kernforderungen“ herum und erläutert ihre Änderungsvorschläge, die ihrerseits in der Sitzung diskutiert werden.

Es wird im Hinblick auf das von Fr. Schneider überarbeitete Papier festgehalten:

- Im ersten Spiegelpunkt unter „Arbeit“ („Einflussnahme des Bezirksamtes...“) sollten ansprechendere Formulierungen gefunden werden.
- Der letzte Spiegelpunkt im ursprünglichen Vorschlag der AG („Einführen eines barrierefreien..“) sollte – so Fr. Schneider – verständlicher formuliert werden.
- Unter „Barrierefreiheit und Mobilität“ sind die Punkte „Unterstützung und Ausbau...“ sowie „Einflussnahme auf die Sicherstellung...“ aus dem ursprünglichen Vorschlag der AG aufzunehmen.
- Die Forderung zur Ausbildung und Einstellung von Menschen mit Behinderung durch das BA wird unter „Verwaltung“ eingeordnet.
- Der Punkt „Bundesteilhabegesetz“ ist als letzter Punkt der „Auflistung“ gut positioniert, er bedarf aber einer präziseren Formulierung, also etwa: „Der Bezirk möge sich beim Land Berlin dafür einsetzen, dass das Land seinen politischen Einfluss im Bundesrat geltend macht, um ...“.
- Von Fr. Wohland und Fr. Lutze wird die ungünstige Wohnungsmarktsituation für Menschen mit geistiger Behinderung herausgestellt. Es wird beschlossen, den Punkt „Wohnen“ wieder in die Forderungen aufzunehmen. Fr. Wohland, Hr. Brühl und Frau Lutze sagen zu, einen Formulierungsentwurf bis Mitte Oktober an Fr. Schneider zu versenden.

Beschluss zum weiteren Vorgehen: Von Fr. Schneider werden die Forderungen (Anschreiben und umgearbeitete Auflistung) nochmals im o.a. Sinne überarbeitet und ohne weitere Abstimmung Ende Oktober 2016 an die Fraktionen der neugewählten BVV versandt.

5. Berichte aus den Arbeitsgruppen (AG's): Barrierefreier Verkehrsraum

Hr. Seiler informiert über den Stand des Vorhabens Aktives Zentrum Lichtenrade Bahnhofstraße:

- Im Gebietsgremium wurde als Schwerpunktthema heftig die Problematik des Ausbaus der Dresdner Bahn diskutiert, da die bisherigen Planungen von einer Tunnellösung ausgegangen waren.
- Der Auftrag für ein Verkehrsinfrastrukturkonzept soll nun doch noch rechtzeitig in 2016 vor Verfall der Mittel ausgeschrieben werden. Das Gebietsgremium sei sehr verärgert gewesen über die zögerliche Bearbeitung in der Verwaltung aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen den Abteilungen Bauwesen und Stadtentwicklung, Bereich Sozialraumorientierte Planungscoordination, im Bezirksamts. Man habe nur „halbgare Informationen“ erhalten und

keine Einsicht in die Ausschreibung, was rechtlich zwar zulässig, aber für die Bürgerbeteiligung ungünstig sei, da somit kein Einfluss auf den Planungsprozess genommen werden könne; gute Ideen würden geliefert, aber nicht ernsthaft aufgegriffen.

Hr. Seiler informiert den Beirat, dass die Tätigkeit im Gebietsgremium aus diesen Gründen äußerst frustrierend sei. Ob er unter diesen Umständen den Beirat noch länger in diesem Gremium vertreten könne, wisse er noch nicht. Fr. Schneider bittet ihn, nicht sofort auszusteigen, sondern zumindest den Beginn der neuen Wahlperiode abzuwarten. Sollten sich die realen Mitwirkungsmöglichkeiten weiterhin nicht steigern, solle ein Rückzug des Beirates aus dem Gebietsgremium möglichst auch öffentlich begründet werden.

Herr Seiler betont abschließend, dass die Kooperation der verschiedenen Akteure von außerhalb der Verwaltung im Gebietsgremium untereinander sehr gut wäre.

Fr. Schneider berichtet, dass ein erneutes Treffen der AG Barrierefreier Verkehrsraum erst im Oktober 2016 stattfinden wird.

Maaßenstr.: Die vom Beirat seit langem geforderte zusätzliche Evaluation zur Verkehrssicherheit und Benutzerfreundlichkeit für Menschen mit Behinderung wird unter Beteiligung der Beauftragten für Menschen mit Behinderung, der AG barrierefreier Verkehrsraum und des ABSV ausgeschrieben.

6. Berichte aus den Gremien und BVV-Ausschüssen

Kundenbeirat BVG (Hr. Foster)

entfällt

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Tempelhof-Schöneberg: Untergruppe „Wohnen“ (Fr. Lutze)

Fr. Lutze informiert über die auf der Sitzung am 13.09.2016 behandelten Themen:

- Fragen zur Kostenübernahme im betreuten Wohnen
- Fragen zur Behandlungspflege im Rahmen der Eingliederungshilfe

PSAG-Plenum (Fr. Lutze)

entfällt

BVV-Ausschüsse für Soziales und Senioren; Gesundheit (Fr. Christian), Wirtschaft (Hr. Lund)

entfällt

BVV-Ausschuss für Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik (Fr. Lutze)

Es wurden auf der letzten Sitzung keine behindertenspezifischen Themen behandelt. Fr. Lutze berichtet, dass sie auf der Ausschusssitzung wegen anhaltend fehlerhafter Wiedergabe ihrer Beiträge in den Ausschussprotokollen vorgeschlagen habe, unter dem TOP „Bericht aus dem Beirat von und für Menschen mit Behinderung“ lediglich auf das jeweilige Sitzungsprotokoll des Behindertenbeirates, aus dessen Sitzung sie dem Ausschuss berichte, zu verweisen. Der Vorschlag wurde vom BVV-Ausschuss angenommen.

7. Bericht des Vorstands

Fr. Lutze berichtet von einem Vor-Ort-Termin im Rathaus Tempelhof am 28.07.2016 unter Beteiligung von Fr. Fumagalli, Fr. Gaszcyk, Fr. Lutze und Hr. Filar zur Information über die Zugänglichkeit angesichts der z.Z. sanierungsbedingt stillgelegten Aufzüge.

Ein Negativpunkt seien Hinweisschilder über den stillgelegten Aufzügen im barrierefrei erreichbaren UG (über den Hintereingang), die für Rollstuhlbenutzer zu hoch angebracht seien. Weitere Räume im UG seien nur durch sehr schwer zu öffnende Türen zu erreichen. Das

Bürgeramt und die Amtrräume im EG seien über eine – nicht ganz barrierefreie – Rampe am Seiteneingang erreichbar. Die Mitarbeiter*innen des Bürgeramtes und an der – nicht barrierefrei erreichbaren - Pforte würden bei Bedarf Hilfestellung leisten (z.B. beim Öffnen schwererer Türen, beim Versuch, Kontakt zu Mitarbeiter*innen der anderen Stockwerke herzustellen) und sie hätten insgesamt sehr freundlich auf den spontanen „Besuch“ der Beiratsmitglieder reagiert.

8. Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung – Frau Schneider

- Für die nächste Sitzungsperiode hat Fr. Schneider einen barrierefreien Sitzungsraum im Rathaus Schöneberg beim Baustadtrat beantragt. (Sanierung der Behinderten-WCs, Ausstattung mit Automatiktüren waren bereits zugesagt, aber sind bislang nicht umgesetzt)
- Frau Schneider und Herr Brass (ABSV) haben gemeinsam mit anderen Verwaltungsvertretern des Bezirksamtes an einer Präsentation des Fraunhofer-Institutes FOKUS teilgenommen. Ein neues Indoor-Navigationssystem wurde vorgestellt, das ohne W-LAN, nur mit einer App auf dem I- oder Smartphone, nutzbar ist. Hr. Brass stellte sich als Testperson zur Verfügung und hielt das System für geeignet. Das BA strebt an, das Navy-System im Dienstgebäude Rathausstr. (Gesundheits- und Jugendamt) zu installieren. Fr. Schneider merkt an, dass die Bewährung des Systems ein gutes Signal wäre, es auch in den Rathäusern Schöneberg und Tempelhof zu installieren.
- Die Ausschreibungsfrist für den neuen Behindertenbeirat läuft. Fr. Schneider ruft dazu auf, sich bis zum 21.10.2016 zu bewerben.
- Von den Bauaufsichtsämtern gibt es zunehmend Genehmigungen für Abweichungen von der Barrierefreiheit bei Aufstockungen oder Dachstuhlumbauten im Bestand von mehrstöckigen Mehrfamilienhäusern. Bislang sei, ihres Wissens nach, noch kein klagebefugter Behindertenverband dagegen angegangen.
- Frau Schneider berichtet kurz über das mittlerweile vorliegende Ergebnis der im letzten Jahr durchgeführten Befragungen der Bezirksämter durch die Monitoring-Stelle des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Gefragt wurde 1) nach internen Zuständigkeiten für behindertenpolitische Belange und für Maßnahmen zur Umsetzung der UN_BRK, sowie 2) nach dem Informations- und Schulungsstand der Beschäftigten zu den Rechten von Menschen mit Behinderung. Fr. Schneider referiert einzelne Ergebnisse und kündigt die Versendung des Abschlussberichtes an (*ist inzwischen geschehen*).
- Stationäre Wohnangebote für Menschen mit Behinderung: Evaluation „Projekt Heime“
Die Berliner Sozial- und Behindertenverbände kritisieren das bisherige von Fallmanagern des Kostenträgers (Sozialamt) durchgeführte Feststellungsverfahren zur Einteilung in Hilfebedarfsgruppen. Statt die in der Evaluation erarbeiteten Empfehlungen für eine bedarfsgerechtere und unabhängige Bedarfsfeststellung anzuwenden, werde das alte Verfahren fortgesetzt.

9. Verschiedenes

Hr. Seiler berichtet über unzulässig niedrig angebrachte Wahlplakate, die somit zu einer Verletzungsgefahr für sehbehinderte und blinde Menschen geführt hätten. Eine Anfrage beim Ordnungsamt habe ergeben, dass man dort nicht die Kapazitäten zur Kontrolle habe. Der Beirat verständigt sich darauf, in der nächsten Sitzungsperiode die dann im Beirat vertretenen Fraktionsvertreter*innen entsprechend zu informieren.

Hr. Brühl, Regionalleiter im Bereich Wohnen bei der Fürst-Donnersmarck-Stiftung, berichtet von Falschparkern auf Bereichen mit abgesenkten Bordsteinkanten im Umfeld eines Wohnangebotes für Menschen mit Behinderung. Das Bezirksamt sei bereits durch Intervention vor einem halben Jahr hierüber informiert worden mit der Bitte um Abhilfe. Unter Zustimmung des Beirats kündigt Frau Schneider eine Aufforderung an die Straßenverkehrsbehörde an, dem o.a. Schreiben nachzugehen.